

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

*Liebe Leserinnen und Leser,*

in dieser Woche haben wir Haushaltswoche in Berlin. Dazu erfolgte die 2./3. Lesung des Haushaltes für 2015 und zum Ende der Woche musste der Bundestag darüber namentlichen abstimmen.

Neben den vielen Debatten zu den Einzelplänen der jeweiligen Ministerien, trafen sich die AG Umwelt und Bau mit der AG Wirtschaft und Energie zu einer gemeinsamen Sitzung.



Wir befassten uns mit den Entwürfen des BMWi und des BMUB - Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) und Aktionsprogramm Klimaschutz 2020. Die Ministerien standen uns hierzu Rede und Antwort.

*Haushalt 2015*

Diese Woche beschließt der Deutsche Bundestag erstmals seit 46 Jahren einen ausgeglichenen Bundeshaushalt.

Fakt ist: Verschuldung zum Nulltarif gibt es nicht. Denn je höher die Schuldenlast, desto geringer der staatliche Handlungsspielraum, insbesondere dann wenn die Zinsen wieder steigen. Der ausgeglichene Haushalt ist notwendig, um auch nachfolgenden Generationen eine gerechte Chance auf Wohlstand, Teilhabe und Sicherheit zu bieten.

Unser Erfolg: Wir schaffen den Haushaltsausgleich, ohne am falschen Ende zu sparen. Denn wir erhöhen gleichzeitig die Mittel für Bildung und Forschung, für den Erhalt unserer Verkehrswege, für den sozialen Städtebau und für die Entlastung der Kommunen. Eine solide Finanzpolitik und mehr Investitionen – beides ist notwendig, um die richtigen Weichen für eine gute Zukunft zu stellen. Insbesondere wollen wir die Investitionskraft unserer Kommunen weiter stärken.

Darauf wird die SPD-Bundestagsfraktion gezielt ein Augenmerk legen beim konkreten Einsatz der 10 Mrd. Euro, die ab 2016 für zusätzliche

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

Investitionen im Bundeshaushalt zur Verfügung stehen.

Im Bereich Städtebau haben wir als SPD durchgesetzt, dass es 600 Mio. Euro zusätzlich in der Wahlperiode geben wird, damit die Programmmittel in den nächsten Jahren wieder auf 700 Mio. Euro ansteigen können. Das gilt auch für 2015! Investiert wird sowohl in konkreten Baumaßnahmen, aber auch in das Programm „Soziale Stadt“.

### ***Solidarische Tarifeinheit***

Die Tarifautonomie ist ein Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft und hat sich aus gesellschaftlicher, sozialer und ökonomischer Sicht bewährt. Ohne die Koalitionsfreiheit, also das Recht, sich in Gewerkschaften organisieren zu können und das Streikrecht zur Durchsetzung berechtigter



Interessen in Tarifaueinandersetzungen, ist Tarifautonomie nicht denkbar. Der durch Artikel 9 Abs.

3 Grundgesetz garantierte Schutz als Grundrecht steht für uns nicht zur Disposition und ist auch nicht verhandelbar.

Durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts wurde der Grundsatz "Ein Betrieb - Ein Tarifvertrag" von der Rechtsprechung aufgegeben. Wir haben mit dieser durch Richterrecht geschaffenen Tarifeinheit in unserem Lande gute Erfahrungen gemacht. Eine Zersplitterung des Tarifvertragssystems und die Spaltung von Betriebschaften wurden verhindert.

Die Abkehr von der bisherigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes im Jahr 2010 hat dem Grundsatz der Tarifeinheit seine rechtliche Grundlage entzogen. Das Gericht begründet die Entscheidung, dass das Tarifvertragsgesetz keinen allgemeinen Grundsatz der Tarifeinheit enthalte.

Im Koalitionsvertrag mit CDU und CSU haben wir eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit vereinbart: „Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich fest-

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

schreiben. Durch flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Belangen Rechnung getragen.“

Mit einer gesetzlichen Regelung sollen die positiven Effekte der Tarifeinheit bewahrt werden. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat einen Gesetzesentwurf zur Regelung der Tarifeinheit vorgestellt.

Wir, die SPD sind der Meinung: *Eine funktionierende Sozialpartnerschaft liegt im Interesse aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.*

Der Gesetzesentwurf zum Thema Tarifeinheit wurde vom Arbeitsministerium den Verbänden zur Beratung zugeleitet. Die Stellungnahmen müssen nun sorgfältig ausgewertet werden. Erst hiernach wird der Gesetzesentwurf voraussichtlich im Dezember 2014 ins Kabinett eingebracht.

### ***Rente – solide finanzieren und gerecht gestalten***

Mit dem Rentenpaket haben wir im Juli dieses Jahres umfangreiche Leistungsverbesserungen umgesetzt. Bisher haben 163.000 Rentenversicherte einen Antrag auf abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren gestellt. Eine Zahl, die sich im prognostizierten Rahmen bewegt. Es war notwendig, diese Gerechtigkeitslücke zu schließen und die Lebensleistung vieler Menschen

in der gesetzlichen Rentenversicherung besser anzuerkennen.

Der aktuelle Rentenversicherungsbericht zeigt: Die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung sind solide finanziert.



Aktuell verfügt die Rentenkasse über eine Rekordreserve von über 33 Mrd. Euro. Die gesetzliche Obergrenze von 1,5 Monatsausgaben für die Rücklage würde voraussichtlich Ende des nächsten Jahres überschritten werden. Das macht nach geltendem Recht eine Beitragssenkung auf 18,7 Prozent zum 1. Januar erforderlich. Damit entlasten wir zugleich Beschäftigte und Unternehmen in einem angespannten konjunkturellen Umfeld um jährlich 1 Mrd. Euro.

Die zweite gute Nachricht: Die Fähigkeiten älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden auf dem Arbeitsmarkt zunehmend wertgeschätzt. Die Erwerbstätigenquote der 60 bis 64 Jährigen hat



*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

sich gegenüber dem Jahr 2000 auf heute 50 % mehr als verdoppelt.

Unser Ziel ist, dass Beschäftigte möglichst lange und gesund am Arbeitsleben teilhaben können. Deshalb erarbeiten wir derzeit gemeinsam mit unserem Koalitionspartner Vorschläge, wie wir die Übergänge in die Rente bis zur Regelaltersgrenze flexibler gestalten können.

### ***Die Frauenquote ist auf dem Weg***

Der Koalitionsausschuss hat Dienstag dieser Woche den Weg frei gemacht für gerechte Chancen von Frauen in Unternehmen. Am 11. Dezember kann der Gesetzentwurf von Manuela Schwesig und Heiko Maas für mehr Frauen in Führungspositionen nun vom Kabinett beschlossen werden.



Ich begrüße ausdrücklich, dass das Gesetz zur Frauenquote für die Privatwirtschaft und den öffentlichen Dienst nun auf den Weg gebracht wurde.

Die neuen Regelungen für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen werden für spürbare nachhaltige Veränderungen in unseren Unternehmen und Betrieben sorgen. Frauen werden künftig nicht mehr – trotz bester Qualifikation - vor verschlossenen Chefetagen stehen. Damit lösen wir endlich das Versprechen unseres Grundgesetzes auf gleiche Lebenschancen, unabhängig vom Geschlecht, ein großes Stück weiter ein.

Unser Blick auf Frauen und Männern wird sich verändern und endlich die individuellen Fähigkeiten ans Licht bringen. Deshalb hat die Quote nicht nur Bedeutung für Führungsfrauen. Die Quote wird die ganze Unternehmenskultur verändern. Wenn weibliche Vorstände von DAX-Unternehmen und Frauen als Aufsichtsratsvorsitzende endlich Normalität sind, wird das auch für mehr Gleichstellung in den unteren Hierarchieebenen sorgen.

Die Zeiten der freiwilligen Vereinbarungen sind damit endgültig vorbei. Alleine mit gesetzlichen Regelungen wird die tatsächliche Gleichstellung voran gebracht, wie uns die Vergangenheit gezeigt hat. Das Gesetz zur Quote ist daher ein erster wichtiger Meilenstein, um das langfristige Ziel der SPD-Bundestagsfraktion zu erreichen: die

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

paritätische Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen und Ebenen des Arbeitsmarktes.

### *Gesunde Schulverpflegung für alle Kinder sicherstellen*



Zu fett, zu süß und zu wenig Gemüse – so sieht die Verpflegung an vielen Schulen aus. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Denn eine vollwertige und gesunde Ernährung ist eine wichtige Präventionsmaßnahme gegenüber ernährungsbedingten Krankheiten.

Sie sollte dort ansetzen, wo die Lernbereitschaft am höchsten ist: in der Kita und in der Schule. Es ist deshalb wichtig, überall für eine gemeinsame, gesunde und diskriminierungsfreie Verpflegung zu sorgen, die sich an den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE e.V.) orientiert. Gutes Essen gibt es aber nicht kostenlos.

Deshalb brauchen wir einen offenen Diskurs mit allen beteiligten Akteuren über die Finanzierung.

Der Einstieg des Bundes in die Schulverpflegung sollte geprüft werden, denn eine qualitativ hochwertige Verpflegung der Kinder darf nicht vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängen. Gesunde Ernährung in Kitas und Schulen muss im Sinne der sozialen Gerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen zugänglich sein.

Der weitere Ausbau der Ganztagschulen in Deutschland bietet außerdem einen guten Rahmen für eine zeitgemäße Ernährungsbildung und für deren wirksame Umsetzung. Neben der Schulverpflegung sollte deshalb die Ernährungsbildung, das gemeinsame Kochen oder auch Gärtnern als integrativer Bestandteil des Schullebens gestärkt werden.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende,

Ihr

